

MdL Dr. Frank Mentrup (SPD)
MdL Alexander Salomon (Grüne)
MdL Dr. Gisela Splett (Grüne)
MdL Johannes Stober (SPD)

Kopie an: Personalrat KIT, UStA,
Gewerkschaften und PodiumsteilnehmerInnen des Karlsruher Kongresses am KIT 15./16.6.12

Brief an Landtagsabgeordnete der Karlsruher Region zu hochschul- und friedenspolitischen Fragen

Sehr geehrte Abgeordnete,

wir wenden uns aus gegebenem Anlass heute mit Fragen an Sie zu aktuellen Entwicklungen und wären Ihnen dankbar für entsprechende Erwiderungen.

Brief an KIT zur Rüstungsforschung

Am 25. Mai 2012 haben wir uns mit der Bitte um Aufklärung über eine Rüstungsforschungsbeteiligung der Uni Karlsruhe und anderer im Bereich der militärischen Nachrichtentechnik in einem Brief an das KIT-Präsidium (1) gewandt. Ergebnisse und Folgeprogramme spielen möglicherweise weiter eine Rolle bei der derzeitigen Bundeswehrausrüstung. Wir verweisen dazu auch auf eine Kurzauswertung der Zivilklausel-Tagung am KIT (2). Bis heute liegt uns keine Reaktion vor. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Gleichzeitig wollen wir größtmögliche Transparenz und allgemeine Zugänglichkeit zu wissenschaftlichen Daten herstellen. Dazu werden wir gemeinsam mit den Hochschulen und Universitätsbibliotheken des Landes eine Open-Access-Strategie entwickeln. Dabei prüfen wir, wie das Prinzip umgesetzt werden kann, alle öffentlich geförderten und alle durch das Land beauftragten Forschungsergebnisse kostenfrei der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Möglichkeit der Hochschulen zur Forschung im Auftrag Dritter darf dadurch nicht beeinträchtigt werden. Weil Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine informierte Entscheidungsmöglichkeit über ihre Beteiligung haben müssen, befürworten wir die notwendige Transparenz bei Forschungsvorhaben mit militärischer Relevanz.“

Unsere Frage 1: Können Sie dabei behilflich sein, dem Transparenzgebot Geltung zu verschaffen und KIT zu einer Antwort zu veranlassen?

KIT-Projekt „Unbemannte Landfahrzeuge“

Am 8. Januar 2010 haben MdL Splett und MdL Stober auf eine Kleine Anfrage zu möglicher KIT Militärforschung im Projekt „Kognitive unbemannte Landfahrzeuge“ (im Kriegseinsatz als „Killer-Roboter“ bekannt) von der Landesregierung in Abstimmung mit den KIT-Verantwortlichen die Antwort (3) erhalten „Es sind keine Forschungsarbeiten geplant, die sich mit militärischen Fragestellungen befassen.“ An dieser Aussage gibt es begründete Zweifel. Beispielsweise hat ein KIT-Referent auf der Wehrtechniktagung „Urban Operations“ im Januar 2012 über Navigation von Minidrohnen und unbemannten Fahrzeugen im Kontext mit Kriegshandlungen in Großstädten der sog. Dritten Welt vorgetragen. Zu dieser Problematik hatte die Initiative am 24. Oktober 2011 an die beiden Abgeordneten geschrieben (4) und auf diverse Verstöße aufmerksam gemacht. Bis heute gibt es keine befriedigende Antwort darauf. Die Kriegs- und Überwachungskonzeption „Urban Operations“ ist jedenfalls weiter entwickelt worden, u. a. mit der Errichtung einer Manöver-Modellstadt auf einem Truppenübungsplatz in der Altmark bei Magdeburg (5).

Unsere Frage 2: Erkennen auch Sie hier einen Widerspruch zwischen Realität und Unterrichtung des Landesparlaments? Kann dies nach Ihrer Meinung von der neuen Landesregierung und den Abgeordneten kommentarlos hingenommen werden?

Zivilklausel ins Landeshochschulgesetz

Begleitet von begründeter Kritik an der nicht ins KIT-Gesetz übernommenen „ungeteilten“ Zivilklausel gab es im Abschluss-Podium der Zivilklausel-Tagung am KIT die gemeinsame Überzeugung, dass eine Festlegung auf friedliche, zivile Zwecke für alle Hochschulen Baden-Württembergs im Landeshochschulgesetz (LHG) zu verankern ist und eine solche Festlegung für das gesamte KIT zeitgleich im KIT-Gesetz nachgeholt wird. Hier sei auch auf den ka-news-Bericht über die Tagung und die Kritik an der KIT Rüstungsforschung hingewiesen (6).

Unsere Frage 3: Können Sie als unmittelbar über die Sachlage Informierte in einer gemeinsamen Initiative die beiden Novellierungsvorschläge (LHG und KIT-Gesetz) bis Herbst erstellen, bekannt machen und damit auch den Transparenzforderungen zu den Fragen 1 und 2 Nachdruck verleihen?

Atomforschung kontra Energiewende

Am 4. April 2011 hatte sich die NaturwissenschaftlerInnen-Friedensinitiative einem Brief an KIT gewandt mit der Forderung, aus Fukushima Konsequenzen zu ziehen und die Forschungsprogramme Kernspaltung und Kernfusion umzustellen bzw. zu beenden und Erneuerbare Energien und Technikfolgenabschätzung auszubauen (7). Leider geschieht zur Zeit das Gegenteil. Die teure und personalintensive Atomforschung wird - entgegen internationalen Warnungen gegen „Atom- und Waffenforschung unter einem Dach“ (8) - auch unter der jetzigen Landesregierung fortgesetzt, flankiert von einer unseriösen und in der Zielsetzung durchsichtigen KIT Strompreis-Studie (9) im Interesse der Energiekonzerne (10). Aus den Eröffnungsbeiträgen der erwähnten Zivilklausel-Tagung, ihrer Arbeitsgruppe Atomforschung und dem Abschluss-Podium kam das klare Signal, die Atomreaktorforschung (IV. Generation, Transmutation) am KIT zu beenden.

Unsere Frage 4: Sehen Sie es so wie wir, dass die KIT-Atomreaktorforschung im Widerspruch steht zu den bundesweiten Grundsatzpositionen beider Regierungsparteien? Was können Sie dazu beitragen, dass die Landesregierung diesen Widerspruch auflöst, statt weiterhin die KIT-Atomreaktorforschung mit zu verantworten?

Aktionswoche / Kooperationsvereinbarung

Wie Ihnen vermutlich bekannt ist, wird es im September eine bundesweite Aktionswoche „Militär-freie Schulen und Hochschulen“ (11) geben. Eine bewegende Innovation, weil dabei erstmals die Militarisierung im gesamten Bildungsbereich zusammen mit Rüstungsexporten und Kriegseinsätzen in den Blick genommen werden wird. Im Fokus steht dabei in Baden-Württemberg die längst überfällige Kündigung des Kooperationsabkommens Schule/Bundeswehr.

Unsere Frage 5: Unterstützen auch Sie diese Kündigungsforderung? Könnten Sie sich vorstellen, bald eine entsprechende öffentlichkeitswirksame Erklärung abzugeben?

Mit freundlichen Grüßen



Roland Blach

Dr.-Ing. Dietrich Schulze

Von: Alexander Salomon [alexander.salomon@gruene.landtag-bw.de]

Gesendet: Freitag, 3. August 2012 01:24

An: Dietrich Schulze; DFG-VK Ba-Wü

Betreff: Re: WG:

Militärfreie Bildung und Forschung

Anlagen:

- 2012-06 ab alex salomon zivilklausel.docx
- PM_KIT_muss_auf_Zukunft_setzen.pdf

Sehr geehrter Herr Blach, lieber Roland,
sehr geehrter Herr Dr. Schulze, lieber Dietrich,

gerne beantworte ich Ihnen/Euch, in Absprache und auch im Namen meiner Kollegin Frau Dr. Splett, die an uns gestellten Fragen.

Frage 1: Können Sie dabei behilflich sein, dem Transparenzgebot Geltung zu verschaffen und KIT zu einer Antwort zu veranlassen?

Ich habe mich umgehend nach ihrer Benachrichtigung darüber, dass die Antwort weiterhin aussteht, an das KIT Präsidium mit der Bitte um Beantwortung gewandt. Für den Fall, dass dort in den nächsten Wochen keine Antwort erstellt und Ihnen übermittelt wird, kann ich gerne auch nochmals in meiner Funktion als Abgeordneter nachfragen. Darüber hinaus ist Ihnen sicherlich bekannt, dass sowohl Frau Splett als auch ich uns wiederholt gegen militärische Forschungen an Hochschulen des Landes, im speziellen am KIT, ausgesprochen haben.

Frage 2: Erkennen auch Sie hier einen Widerspruch zwischen Realität und Unterrichtung des Landesparlaments? Kann dies nach Ihrer Meinung von der neuen Landesregierung und den Abgeordneten kommentarlos hingenommen werden?

Bitte haben Sie dafür Verständnis, dass ich Ihnen diese Frage nicht ad hoc beantworten kann, da ich auch nicht angeschrieben war und den weiteren Schriftverkehr nicht kenne. Dahingehend habe ich diese Fragestellung zuerst an das Ministerium für Wissenschaft und Kunst verwiesen. Sobald ich die Stellungnahme des Ministeriums habe, werde ich mich wieder mit ihnen in Verbindung setzen und die weiteren Schritte in dieser Sache abstimmen.

Frage 3: Können Sie als unmittelbar über die Sachlage Informierte in einer gemeinsamen Initiative die beiden Novellierungsvorschläge (LHG und KIT-Gesetz) bis Herbst erstellen, bekannt machen und damit auch den Transparenzforderungen zu den Fragen 1 und 2 Nachdruck verleihen?

Ich habe im Moment als Abgeordneter einen Abgeordnetenbrief an das Ministerium gestellt, der noch auf die Beantwortung wartet (siehe Anhang). Dieser soll als Grundlage für die weitere Debatte verstanden werden. Leider wird es in diesem Jahr nicht mehr für eine anvisierte Veranstaltung von Seiten der Landtagsfraktion aus terminlichen Gründen gereicht. Ich werde dieses Thema aber nochmals im Herbst angehen - die Debatte für das LHG wird sich noch bis in das Jahr 2013 erstrecken. Ich würde dahingehend darum werben, dass wir das Thema gemeinsam spätestens im nächsten Jahr angehen. Gerne können wir uns hierfür auch nochmals in einer gemeinsame Runde treffen. Mein Büro wird hierzu einige Gesprächstermine an Sie schicken.

4: Sehen Sie es so wie wir, dass die KIT-Atomreaktorforschung im Widerspruch steht zu den bundesweiten Grundsatzpositionen beider Regierungsparteien? Was können Sie dazu beitragen, dass die Landesregierung diesen Widerspruch auflöst, statt weiterhin die KIT-Atomreaktorforschung mit zu verantworten?

Reaktor- und Transmutationsforschung sind selbstverständlich unvereinbar mit Grünen Inhalten und werden von uns daher auch strikt abgelehnt. So konnte unser Umweltminister Franz Untersteller innerhalb der Mediation zumindest noch Nachbesserungen bei den Rahmenbedingungen der Transmutationsforschung erreichen, obwohl das Land in diesem Bereich keine Entscheidungsbefugnis hat, da es sich um ein europäisches Institut handelt. Ein Verweis auf andere Projekte und Länder ist daher leider irreführend und hilft auf dem Weg zum Ziel nicht weiter. Auch handelt es sich bei der Forschung auf dem Campus Nord um eine Bundesforschungseinrichtung der Helmholtz-Gemeinschaft, die das Land in seiner Gesamtheit mit 10% kofinanziert. Wir arbeiten im Moment daran, dass der Bund zusammen mit dem KIT auf neue Technologien setzt und die Atomforschung am Campus Nord in Stufen auslaufen lässt. Hierzu habe ich auch im Rahmen der Exzellenzinitiative eine Pressemitteilung geschrieben, die den neuen Weg des KIT vorzeichnen soll. Wir werden uns daher auch in Zukunft massiv und vehement mit dem KIT in diesem Punkt auseinandersetzen aber ein mögliches Einfallstor über die Finanzierung erscheint aufgrund der viel zu geringen Finanzierung von Seiten des Landes nicht als zwingend erfolgreich. Aber ich glaube auch nicht, dass wir als GRÜNE unbedingt in Verdacht stehen die Atomforschung zu befördern.

Frage 5: Unterstützen auch Sie diese Kündigungsforderung? Könnten Sie sich vorstellen, bald eine entsprechende öffentlichkeitswirksame Erklärung abzugeben?

Sowohl Frau Splett als auch ich unterstützen diese Forderung uneingeschränkt. Ich bin hierzu auch in enger Vernetzung mit dem Esslinger Friedensbündnis und anderen Akteuren. Dies ist auch Herr Blach bekannt, den ich in dieser Angelegenheit auch kontaktiert und informiert habe. Sollte es eine öffentlichkeitswirksame Erklärung geben, wäre ich selbstverständlich bereit diese zu unterstützen.

Ich stehe Ihnen natürlich für weitere Fragen oder Anregungen jederzeit zur Verfügung.

--

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Salomon

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart
Tel. 0711 / 2063-623
Fax. 0711/ 2063-660
alexander.salomon@gruene.landtag-bw.de
www.alexander-salomon.de
www.twitter.com/salomon_alex

Anlagen

1

2012-06 ab alex salomon zivilklausel.docx

2

PM_KIT_muss_auf_Zukunft_setzen.pdf



ALEXANDER SALOMON

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Sprecher für studentische Belange
Sprecher für Netz- und Medienpolitik

Alexander Salomon, MdL
Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

An
Ministerin Theresia Bauer
Ministerium für Wissenschaft, Forschung
und Kunst Baden-Württemberg
Königstraße 46

70173 Stuttgart

Alexander Salomon, MdL

Landtag:
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Tel. 0711 2063-623
Fax 0711 2063-660
alexander.salomon@gruene.landtag-bw.de

06. Juni 2012

Abgeordnetenbrief zum Thema Zivilklausel

Sehr geehrte Ministerin Bauer,

in der Landtagsdebatte am 9. Mai 2012 wurde ja von verschiedenen Seiten das Thema Zivilklausel – am KIT, aber auch allgemein – angesprochen.

Um die Debatte voranzubringen, wäre es hilfreich, weitere Informationen zum Umsetzungsstand in einzelnen Hochschulen zu haben. Deswegen richte ich folgende Fragen an das Wissenschaftsministerium:

1. Welche Hochschulen in Baden-Württemberg verfügen derzeit über Zivilklauseln, Friedensklauseln, auch auf den Bereich Rüstungsforschung anwendbare Ethikrichtlinien o.ä., und wie sind diese ausgestaltet?
2. An welchen Hochschulen gibt es Ethikkommissionen bzw. entsprechende Senatsausschüsse?
3. Welche Aufgaben haben diese Kommissionen/Ausschüsse, und wann werden sie einberufen?
4. Ist dem Ministerium bekannt, an welchen Hochschulen in Baden-Württemberg derzeit über die Einführung von Zivilklauseln, Ethikkommissionen oder ähnlichen Instrumenten diskutiert wird?
5. Gab es in der Vergangenheit seitens der Ministeriums Vorbehalte hinsichtlich der Genehmigung von Grundordnungen einzelner Hochschulen bezüglich von Zivilklauseln, Ethikrichtlinien, Ethikkommissionen und vergleichbarer Instrumente?

Im Zusammenhang mit der Debatte um Forschung für friedliche Zwecke wird die Einführung von Transparenzregeln als ein möglicher Weg genannt. In diesem Zusammenhang stellen sich mir abschließend noch drei Fragen:

6. Gibt es juristische Hinderungsgründe, die einer generellen Offenlegungspflicht für Drittmittel entgegenstehen (hinsichtlich von Angaben über Drittmittelgeber, Summe der Drittmittel, Forschungsziel/-inhalte)?
7. Gibt es juristische Hinderungsgründe, die einer – beispielsweise im Rahmen einer möglichen allgemeinen Offenlegungspflicht erforderlichen – Offenlegung von Zuwendungen aus dem Bundesministerium für Verteidigung bzw. nachgeordneter Einrichtungen an Hochschulen (Angabe von Drittmittelgeber, Summe, Forschungsziel/-inhalte) entgegenstehen?
8. Ist dem Wissenschaftsministerium bekannt, ob es an baden-württembergischen Hochschulen Drittmittelprojekte bzw. Projekte der Auftragsforschung gibt, bei denen vertraglich eine Vertraulichkeit hinsichtlich Drittmittelgeber, Umfang der Förderung oder Forschungsziel vereinbart wurde? Falls nicht: wären solche Vereinbarungen rechtlich zulässig?

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Salomon



ALEXANDER SALOMON

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Netz- und Medienpolitischer Sprecher

Sprecher für Studentische Belange

An die Medien

Alexander Salomon, MdL

Landtag:
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Tel. 0711 2063-623
Fax 0711 2063-660
alexander.salomon@gruene.landtag-bw.de

Pressemitteilung

22. Juni 2012

Innovative Forschung und eine gute Lehre sind die exzellente Zukunft des KIT

Salomon: Mobilität, Energieversorgung und Klimawandel müssen die Zukunftsmotoren werden!

Trotz des Teilerfolgs zweier Graduiertenschulen wird das Ergebnis der Exzellenzinitiative für das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) noch spürbare Auswirkungen haben. Für eine möglichst rasche Klärung dieser weitestgehend noch offenen Frage hat der Karlsruher Grünen-Landtagsabgeordnete eine kleine Anfrage zum Abschneiden des KIT bei der Exzellenzinitiative II an das Wissenschaftsministerium gestellt.

So soll neben den personellen und finanziellen Effekten für die nächsten Jahre auch geklärt werden, ob Auswirkungen auf den Fusionsprozess zu erwarten sind. „Es steht außer Zweifel, dass das KIT noch immer eine exzellente Universität ist. Allerdings muss das KIT nun seine Strategie verstärkt auf Forschungsfelder der Zukunft ausrichten,“ ist sich Salomon als Mitglied im Wissenschaftsausschuss sicher.

Das KIT verfügt gerade im Bereich der Mobilität, Energieversorgung und dem Klimawandel über eine außergewöhnlich hohe personelle Kompetenz. In diesen Bereichen kann der Verbund aus Hochschule und Großforschung mithelfen essentielle gesellschaftliche Problemstellungen zu lösen.

„Dieser Wandel muss aber auch personell in der Forschungsspitze des KIT nach außen hin klar und deutlich erkennbar werden. Wer auf vergangene Technologien setzt, kann nicht die Antworten für die Fragen von morgen finden,“ zeigt sich Salomon überzeugt.

Abschließend stellt der hochschulpolitische Experte und Sprecher für studentische Belange der Landtagsfraktion GRÜNE klar, dass die zu erwartenden und notwendigen Einsparungen nicht noch zu allem Überfluss auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen werden.

„Die verlorene Exzellenz und ihre Auswirkungen dürfen nicht zu Lasten der Lehre erfolgen. Ich werde daher die Sparvorschläge und die Belastungen ganz genau unter die Lupe nehmen,“ erklärt Salomon.

Für Rückfragen erreichen Sie Alexander Salomon unter Tel. 0172 9477016.